

Stand: 15.10.2024 22:04:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/8964

"Hängepartie beenden: Familien brauchen Zukunftsperspektiven"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/8964 vom 07.07.2020
2. Beschluss des Plenums 18/9237 vom 09.07.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 53 vom 09.07.2020



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Hängepartie beenden: Familien brauchen Zukunftsperspektiven

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, in dem die Schritte zur Vorkehrung auf eine mögliche „zweite Welle“ im Zuge der Corona-Pandemie festgelegt werden. Hier ist insbesondere auf mögliche Alternativen zu den pauschalen Betretungsverboten in Kitas, Horten, Schulen und Einrichtungen der Mittagsbetreuung einzugehen, um Familien zuverlässige Perspektiven zu geben. Außerdem muss in den Blick gerückt werden, wie im Falle einer erneuten Anpassung der Betreuungsmöglichkeiten regionale Infektionsentwicklungen effektiver berücksichtigt werden können. Drittens muss das Konzept konzeptionelle Maßnahmen für Kinder in besonders belasteten Familiensituationen und mit Behinderung enthalten.

Anschließend stellt die Staatsregierung in ihrem Konzept konkrete Handlungsoptionen vor, wie zeitnah die Personalkapazitäten in den Einrichtungen der Kinderbetreuung im Freistaat verbessert werden können, die durch die Bildung kleiner, fester Gruppen sowie den Schutz der Beschäftigten der Risikogruppe entstehen.

Begründung:

Familien und ihre Kinder sind im Besonderen von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen und stehen großen Herausforderungen gegenüber. Viele müssen neben der eigenen Berufstätigkeit einen Spagat zwischen Homeschooling, Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen meistern. Viele Familien sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie mit erheblichen finanziellen, organisatorischen, teils auch existenziellen Sorgen konfrontiert. Zusätzlich belastet sind Familien und ihre Kinder durch die weiterhin andauernde Unsicherheit und Perspektivlosigkeit: Zum einen sind bereits jetzt Abstimmungen mit Arbeitgebern schwierig, da nicht absehbar ist, wann und wie die Kinderbetreuung mittel- und längerfristig sichergestellt werden kann.

Belastend wirkt sich auf Familien zudem das Fehlen eines Konzeptes aus, welche Auswirkungen eine zweite Corona-Infektionswelle auf Familien, ihre Kinder und ihren Alltag haben könnte. Denn bisher ist nicht bekannt, ob erneute Betretungsverbote drohen und Kinderrechte wieder eingeschränkt werden, inwieweit erneut gute Vereinbarungen mit den Arbeitgebern getroffen werden können, inwieweit somit eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben möglich sein wird, oder wo möglicherweise erneut große, vielleicht sogar unüberwindbare, Hürden drohen.

Mit Blick auf eine möglicherweise bevorstehende „zweite Welle“ der Corona-Pandemie muss die Staatsregierung diese Hängepartie für Familien umgehend beenden und unverzüglich ein Konzept vorlegen, wie sich der Freistaat auf eine erneute Ausnahmesituation vorbereitet und welche Auswirkungen dies auch auf die Familien haben wird. Vorliegende wissenschaftliche Erkenntnisse aus Kita- und Schulöffnungen aus anderen

Bundesländern und anderen Staaten müssen für gezieltere Anti-Corona-Maßnahmen herangezogen werden.

Dies betrifft zum einen die Frage möglicher Alternativen zu erneuten pauschalen Betretungsverboten in Einrichtungen der Kinderbetreuung, die erneut zu hohen finanziellen, organisatorischen und psychischen Belastungen von Eltern und Kinder führen würden. Um in einem solchen Falle punktuell effektive Maßnahmen vorbereiten zu können, müssen die regionalen Infektionsentwicklungen einbezogen werden und konzeptionelle Schritte zur besseren Einbeziehung von Kindern in belastenden Familiensituationen vorbereitet werden, denn gerade sie standen zu Beginn des zurückliegenden Lock-downs zu wenig im Fokus der Politik.

Kitas benötigen zudem deutlich mehr Personal. Bereits vor der Pandemie war im Freistaat ein massiver Personalmangel zu beklagen. Deshalb ist es umso schwerwiegender, dass heute ein erheblicher Teil der Beschäftigten in den Einrichtungen der Risikogruppe angehört. In dieser Situation ist es notwendig, Trägern und Einrichtungen höhere Personalkapazitäten zu ermöglichen und die Beschäftigung von ergänzendem Personal durch eine vollständige Refinanzierung zu ermöglichen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/8964

Hängepartie beenden: Familien brauchen Zukunftsperspektiven

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Doris Rauscher

Abg. Jan Schiffers

Abg. Sylvia Stierstorfer

Abg. Julika Sandt

Abg. Johannes Becher

Abg. Susann Enders

Abg. Raimund Swoboda

Staatsministerin Carolina Trautner

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion (SPD)

Hängepartie beenden: Familien brauchen Zukunftsperspektiven (Drs. 18/8964)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)

Sofortige Beendigung aller Corona-Maßnahmen im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen in Bayern (Drs. 18/9007)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Kinderbetreuung in Bayern auf Corona-Szenarien vorbereiten (Drs. 18/9008)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile der Frau Abgeordneten Doris Rauscher von der SPD-Fraktion das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin Trautner! Familien in Bayern brauchen eine Perspektive in der Corona-Pandemie, und zwar so schnell wie möglich, nicht erst nach der Sommerpause und auch nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag. Deswegen unser Dringlichkeitsantrag in dieser Plenarsitzung. Das ist die Staatsregierung den Familien und den Kindern einfach schuldig.

Verehrte CSU und FREIE WÄHLER, Ihr Nachzieher ist nichts weiter als eine dünne Suppe. Familien und deren Kinder sind im wahrsten Sinne des Wortes in der Krise. Sie werden mit Ihrem Nachzieher und Ihrer Suppe nicht satt. Sie waren in den letzten Wochen – ohne Lobby in der Staatskanzlei – das allerletzte Glied in der Kette. Man kann sagen: Das ist Vergangenheit. Aber lassen Sie uns bitte in die Zukunft blicken! Familien mussten den Spagat zwischen Homeschooling, Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen wirklich lange meistern. Nicht zu vergessen ist auch die Arbeit im Homeoffice, die bei größter Erschöpfung und zum Teil mit Burnout-Symptomen meistens am frühen Morgen oder nachts, wenn die Kinder im Bett waren, erledigt wurde. In Ihrem Antrag ist nichts weiter formuliert als Reden, Begrüßen, Bitten und Vorstellen. Eine sehr dürftige ABC-Suppe.

(Beifall)

Die Familien wollen wissen, wie es weitergeht. Sie wollen wissen, ob sie wieder die Leidtragenden sind, sollte eine zweite Welle kommen, ob das alles – so wie sie es über vier Monate hin erfahren haben – wieder von vorne losgeht. Sie wollen wissen, ob der Job dann vielleicht doch weg ist. Sie wollen wissen, wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie klappen soll. Es reicht nicht, erst dann ein Konzept vorzulegen, wenn die zweite Welle da ist. Familien brauchen Perspektiven. Deswegen fordern wir Lösungen!

Wir wollen ein Konzept; wir wollen gewappnet sein und einen Plan für mögliche Alternativen. Familien tragen viel mit und brauchen, um sich vorbereiten zu können, eine Perspektive bei einer möglichen zweiten Welle, die hoffentlich nicht kommen wird. Wir dürfen Familien einen Shutdown wie in den letzten Monaten nicht noch einmal zumuten.

(Beifall)

Die Staatsregierung konnte Erfahrungen sammeln. Vieles war mit Sicherheit eine große Herausforderung und für uns alle neu. Aber wenn man bereits Erfahrungen hat,

müssen ein Plan A, B und C entwickelt werden. Wir müssen eine Perspektive für Fragen geben, wie: Wie gehen wir regional vor? Wie ist es um das Personal in den Kitas bestellt? Wo müssen wir ansetzen? Wie gehen wir künftig mit Kindern aus belasteten Familien um? Wie gehen wir mit Kindern mit Behinderung um? Diese waren viel zu lange von der Betreuung in Kita und Schule ausgeschlossen.

Die Vertreterin der Staatsregierung war in der letzten Sozialausschusssitzung auf meine Bitte zu berichten, wo das Staatsministerium mit seiner Planung stehe, mit Verlaub sehr schmallippig. Ich mache ihr keinen Vorwurf. Vielleicht war sie von der Frage überrollt, obwohl Frau Kollegin Stierstorfer deren Mitarbeiterin zuvor noch um eine Aussage gebeten hatte. Das will ich ihr gar nicht vorwerfen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Familien hilft nicht weiter, im Grunde nur darauf hinzuweisen, dass Vorgespräche zu einem möglichen Konzept stattfinden.

(Beifall)

Das bietet kurz vor den Sommerferien keine Perspektive. Familien brauchen Verlässlichkeit und Planbarkeit. Genau deshalb unser Dringlichkeitsantrag, und genau deshalb bitte ich Sie alle um Zustimmung. Die Frau Ministerin wird später sicher noch das Wort ergreifen. Darauf bin ich gespannt. Vielleicht erfahren wir etwas mehr.

Mir fällt es echt schwer, heute dem Nachzieher der CSU zuzustimmen, da sie in der letzten Woche meine Bitte, einen Bericht zu liefern, abgelehnt hat. Das ist wirklich ein Witz und gerade einmal acht Tage her! Jetzt fordern Sie die Staatsregierung auf, einen Bericht vorzulegen. Die nächste Sozialausschusssitzung ist am 24. September 2020. Es ist reichlich spät, den Familien erst dann zu erläutern, wie es weitergeht.

(Beifall)

Wir sind da womöglich schon mitten in einer zweiten Welle. Deshalb enthalten wir uns. Der AfD-Antrag entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage. Wir lehnen ihn ab. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Rauscher. – Wir haben den Fraktionen, davon ausgehend, dass Frau Staatsministerin Trautner etwa vier bis fünf Minuten sprechen wird, jetzt etwas Redezeit zugegeben. Das ist bereits eingespeist. Die FDP erhält zusätzlich 31 Sekunden, die SPD 35 Sekunden, die AfD 35 Sekunden, die FREIEN WÄHLER 37 Sekunden, die GRÜNEN 41 Sekunden und die CSU 58 Sekunden. So wird dem Prinzip der politikwissenschaftlichen Waffengleichheit zwischen Regierung und Parlament ein wenig Rechnung getragen. Es ist bereits ins System eingespeist; alle Redner können sich daran orientieren. – Nächster Redner ist der Kollege Jan Schiffers von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Titel des Dringlichkeitsantrages "Hängepartie beenden: Familien brauchen Zukunftsperspektiven" klingt zunächst einmal vielversprechend. Die Familien im Freistaat brauchen Zukunftsperspektiven, aber nicht die Aussicht auf einen erneuten Ausnahmezustand, der mit einer enormen Belastung der Familien und Existenznot einhergeht. Wir setzen mit unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag daher einen anderen Schwerpunkt.

In den vergangenen Wochen und Monaten konnte ich als Familienvater direkt und unmittelbar miterleben, wie sehr die Kinder unter den unverhältnismäßigen Beschränkungen gelitten haben. Schon für Kinder in intakten Familien stellt diese Situation eine enorme Belastung und Herausforderung dar. Man mag sich gar nicht ausmalen, was Kinder durchgemacht haben und immer noch durchmachen müssen, die nicht das Glück haben, in einer intakten Familie aufzuwachsen. Diese lang andauernde Isolation, der Abbruch der sozialen Kontakte, der Verlust des gewohnten Alltagsrhythmus – mal eine Woche Schule, dann wieder eine Woche keine Schule –, das Verwehren schulischer Bildung darf nicht sein. Bildung sollte im Freistaat Bayern allerhöchste Priorität haben. Dies wird im Moment leider nicht gewährleistet.

Wir haben an der Verhältnismäßigkeit der Corona-Maßnahmen in Bayern sehr starke Zweifel. Zahlreiche Gerichtsentscheidungen aus den vergangenen Wochen haben verschiedene Beschränkungen für rechtswidrig erklärt. Sie bestätigen unsere Skepsis. Die Zweifel am Handeln der Staatsregierung rühren aber auch daher, dass wenig Transparenz bei der Entscheidungsfindung besteht. Welche Experten beraten unsere Staatsregierung konkret? Aus unserer Sicht besteht hier Informationsbedarf. Deshalb fordern wir mit unserem Antrag einen Bericht dazu.

In den letzten Tagen tauchen immer weitere Studien auf, die nachweisen, dass das Coronavirus vermutlich schon seit über einem Jahr in Europa grassiert. Seit Dezember 2019 war es nachweislich in Frankreich und Italien. Das stellt prinzipiell jegliche Corona-Maßnahmen in Frage. Die Vermutung, dass der Hunger der Regierung, Macht über die Bürger auszuüben, größer geworden ist, liegt damit einfach nahe. Stimmen von Ärzten und Forschern, die darauf hinweisen, dass es sich um eine normale Grippe handele, wurden und werden ignoriert. Werden Wissenschaftler womöglich nur dann herangezogen und zitiert, wenn sie die richtige Haltung haben?

(Zuruf)

Wir hören immer und immer wieder, dass die Pandemie erst beendet sei, wenn es einen Impfstoff gebe. Ist dem wirklich so, und seit wann ist das so? Zusätzlich wird eine mögliche zweite Welle geradezu herbeigeredet und so Angst bei den Bürgern erzeugt. Dabei verdichten sich die Hinweise, dass letztlich ein groß angelegter Fehlalarm vorliegt.

Weiterhin werden die Existenzgrundlagen vieler Menschen durch die ungerechtfertigten Beschränkungen zerstört. Dies führt in der Folge wieder zu mehr Armut mit erheblichen negativen Auswirkungen auf unsere ganze Gesellschaft. Die zweite Welle, die mit Sicherheit kommen wird, ist für viele Unternehmen und Betriebe die Pleitewelle.

(Beifall bei der AfD)

Die Agentur für Arbeit in Bayern rechnet mit sage und schreibe 7.000 Insolvenzen; das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise im Jahr 2010 hatten wir 4.500 Insolvenzen im Freistaat Bayern. Wir fordern daher: Hören Sie endlich damit auf, die Menschen regelrecht zu drangsalieren! Beenden Sie die Maßnahmen im Freistaat Bayern! Behandeln Sie die Menschen wieder wie mündige Bürger, und nehmen Sie die Corona-Maßnahmen betreffend Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen sofort zurück!

Die Kinder brauchen soziale Kontakte, einen festen und verlässlichen Rhythmus und Bildung. Familien wollen wieder in die Normalität zurück. Der Schaden, den die Staatsregierung mit den derzeitigen Regelungen anrichtet, ist um ein Vielfaches größer als der Nutzen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Schiffers. – Für die CSU-Fraktion ergreift Frau Kollegin Sylvia Stierstorfer das Wort.

Sylvia Stierstorfer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Krise und die dadurch notwendigen Einschränkungen bei der Kinderbetreuung waren für viele Familien eine große Belastung. Die Maßnahmen waren aber notwendig, weil wir letztendlich alle in der Verantwortung sind und wir dadurch auch in Bayern die Ausbreitung des Virus eindämmen konnten. Die gesamte Gesellschaft hat zusammengeholfen. Großer Dank gilt hier vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen. Sie mussten sich oft umstellen und sich immer wieder neu überlegen, wie sie die Maßnahmen durchführen.

Dies zeigt aber auch, dass wir in Bayern gehandelt haben. Es ist nicht so, wie es die Opposition darstellt, dass die Kinder und die Familien zu wenig im Blick waren. Wir haben die Kinder und die Familien immer im Blick gehabt. Wenn ich nur die Notbetreuung betrachte: Hier haben wir unseren Blick vor allem auf die Kinder gerichtet, die aus

belasteten Familien kommen, und auf Kinder mit Behinderung oder auch auf Fälle, bei denen es sogar um die Verhinderung einer Kindeswohlgefährdung ging.

Mit dem neuen Betreuungsjahr ab September soll – Stand jetzt – wieder der völlig normale Regelbetrieb starten. Das wird eine große Herausforderung. Corona, Herr Kollege Schiffers, ist nicht vorbei, wie man sieht, wenn man die jetzige Lage in anderen Ländern betrachtet. Wir können heute alle nicht mit Bestimmtheit sagen, wie sich die Situation nach der Urlaubszeit im September darstellen wird. Wir hoffen natürlich, dass Schulen und Kitas normal starten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Träger, die Kommunen und die Staatsregierung bedürfen dazu aber keiner Aufforderungen durch die SPD. Ihr Antrag ist nicht notwendig. Sie sagten, dass unser Antrag eine "dünne Suppe" ist. Diese Bezeichnung empfinde ich als abwertend, liebe Frau Kollegin.

(Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Wir sind schon mitten in den Überlegungen und Vorbereitungen für eine mögliche zweite Corona-Welle, nicht erst seit heute, sondern schon seit gestern. Die Bayerische Staatsregierung, die zuständigen Träger und die Kommunen arbeiten daran. Es gab schon intensiven Austausch und eine große Dienstbesprechung. Jetzt wird gerade ein gemeinsames Konzept erstellt. Wir haben nicht bloß den 24. September im Blick, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern es wird durchgearbeitet, das heißt, wir warten nicht erst die nächste Ausschusssitzung ab, sondern die Maßnahmen und Konzepte sind in Bearbeitung.

Anders als im März, als man schnell handeln musste, können wir jetzt auf die bisherigen Erfahrungen der Notbetreuung und der Umsetzung der Hygiene- und Betreuungskonzepte aufbauen und auch die wissenschaftlichen Erkenntnisse miteinbeziehen. Das heißt, wir müssen – um das Virus einzudämmen und um das Konzept zu erstellen – gute Lösungen vor Ort für die Familien und für die Einrichtungen anbieten und hier vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Blick haben. Wir brauchen eine Test-

strategie des Freistaates. Diese wird für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickelt. Sie können sich testen lassen. Das ist ein klares Signal an die Fachkräfte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn das gemeinsame Konzept fertig ist, wird es die Staatsregierung zeitnah auch hier im Landtag vorstellen. Das wollen wir mit unserem Antrag, für den ich um Zustimmung bitte.

Im Übrigen erstellt die Staatsregierung gemeinsam mit dem Dr. von Haunerschen Kinderspital und den bayerischen Universitätskliniken eine Studie, in der wir an rund 140 Kita- und Schulstandorten herausfinden wollen, wie sich das Coronavirus auswirkt. Auch dies soll letztendlich in das Konzept miteinfließen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, Frau Kollegin Stierstorfer. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Ich weiß nicht genau, ob Ihre Ministerin noch spricht, die würde ich jetzt lieber fragen. – Ach, Sie sprechen noch? Dann stelle ich meine Frage später. Weil Sie gerade die Antikörperstudie erwähnt haben – –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Frau Sandt. Danke schön, Frau Stierstorfer. – Wir machen weiter im Programm mit dem nächsten Redner. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Kollege Johannes Becher.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion stellt den Antrag auf eine Konzepterstellung für die zweite Welle, wenn sie denn im Bereich der Kita kommt. Ich habe den Antrag gelesen und mir gedacht, das ergibt doch Sinn. Natürlich brauchen wir hier Konzepte. Diese Konzepte müssen auch baldmöglichst vorgelegt werden.

Dann kam der Nachzieher, und dann kam jetzt auch die Wortmeldung von Frau Stierstorfer. Also, meine Damen und Herren, ich möchte nicht derjenige sein, der so tut, als hätte er im März oder April schon gewusst, wie es mit Corona weitergeht und was sinnvoll ist oder was nicht. Da soll man nicht nachträglich gscheidhaferln. Aber man muss das dann schon ehrlich reflektieren und sagen: Natürlich sind Fehler gemacht worden.

Natürlich war es eine Fehleinschätzung, dass man gedacht hat, das Virus wird sich wie die Influenza im Kindergarten massiv verbreiten. Das tut es Gott sei Dank nicht. Wir müssen doch, wenn wir ein neues Konzept für eine mögliche zweite Welle auflegen, in jedem Fall sicherstellen, dass wir keine flächendeckenden Schließungen von Kitas mehr haben. Das ist doch eine Grundvoraussetzung. Da kann man doch nicht sagen, das war alles großartig, was wir gemacht haben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das kann ich so nicht nachvollziehen. Erst am 1. Juli durften 100 % der Kinder wieder in die Kita kommen. Im Juni, im Mai, im April und Mitte März hatten wir also die Situation, dass nicht alle Kinder in den Einrichtungen waren. Da muss man doch sagen, dass Kinderrechte und die Familien ganz erheblich belastet und eingeschränkt sind. Also, tun Sie hier nicht so, als wäre das kein Problem.

Dann stellen Sie hier einen Antrag, in dem der Bayerische Landtag begrüßt, dass sich das Staatsministerium mit medizinischen Fachkräften austauscht und unterhält. Meine Damen und Herren, natürlich kann man das begrüßen. Aber ich muss doch nicht extra begrüßen, dass das Ministerium seine Arbeit macht! Das ist doch ein ganz normaler, gängiger Vorgang. Dann schreiben Sie hier noch hinein,

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Becher, Ihre Redezeit ist um.

Johannes Becher (GRÜNE): dass Sie einen Bericht wollen. Der Bericht kommt jedoch erst Ende September. Die Welle ist aber vorher schon da! Die Eltern müssen es wissen, die Kinder müssen es wissen. So kommen wir nicht weiter, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Kollege Becher. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Frau Kollegin Susann Enders das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erst einmal bin ich froh, dass es der Kollege Becher noch gesund und ohne Herzkasperl zurück auf den Platz geschafft hat. Wunderbar! Ich habe mich schon fast im Einsatz gesehen.

Um auf die Anträge einzugehen, kann ich nur sagen: Gemäß dem SPD-Antrag soll ein – jetzt die Kurzfassung – Konzept erstellt werden und eine Anpassung der Betreuungsmöglichkeiten an eine mögliche zweite Welle erfolgen. Zum AfD-Antrag betreffend "Sofortige Beendigung aller Corona-Maßnahmen im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen in Bayern" fällt einem nichts mehr ein. Wenn dann die Infektionszahlen wieder hochgehen, kommen Sie wahrscheinlich mit Ihren Gasmasken. Darauf gehe ich gar nicht weiter ein.

Warum stellen wir, die CSU und die FREIEN WÄHLER, diesen Antrag? – Ganz einfach. Inhalt des Antrags ist eine Handlungsstrategie. Inhalt ist ebenfalls, intensive Gespräche mit relevanten Akteuren zu führen, also die Kompetenz von der Basis heranzuziehen, um herauszufinden, welche Auswirkungen das hat, was in den vergangenen Monaten passiert ist, wie man es anders machen kann und was man genauso machen kann. Das ist das Wichtigste. Wir sollten hier nämlich nicht aus dem Elfenbeinturm heraus regieren. Wir sollten ein Konzept erstellen auf der Basis der Erfahrungen dieser Notbetreuungen und schrittweisen Öffnungen mit dem Fokus auf Familien mit Kindern mit Behinderung und auch auf Familien, die in besonders belastenden Situa-

tionen sind, sowie einen Bericht im Sozialausschuss im Rahmen von Transparenz und guter Informationskultur geben.

Meine Damen und Herren, der Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER ist inhaltsreicher und zielführender. Deshalb bitte ich, diesem Antrag zuzustimmen und die anderen beiden Anträge abzulehnen.

Außerdem kann man noch sagen: Gerade die AfD betont ja immer, dass eigentlich gar nichts passiert und dass das alles nur an den Haaren herbeigezogen sei – Verschwörungstheorien. Ich kann nur sagen, dafür, dass es uns jetzt hier in Bayern gesundheitlich so gut geht, wie es uns eben geht, möchte ich der Regierungskoalition, der Staatsregierung und jedem einzelnen Bayern und jeder einzelnen Bayerin, die das mit uns durchstehen, danken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Frau Enders. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Enders, Sie haben gerade die zweite Welle erwähnt.

(Susann Enders (FREIE WÄHLER): Ich kann Sie fast nicht verstehen!)

Sie haben gerade erwähnt, dass Sie eine zweite Welle erwarten, dass sich die Regierung sowie die Regierungsfaktionen auf eine solche vorbereiten. Mich würde jetzt interessieren, mit wem diese Information im Zusammenhang steht? Steht ein Pakt mit dem Teufel dahinter, oder warum wissen die alle so viel, was wir anderen alle nicht wissen? Sie vermuten doch offensichtlich nur, dass so etwas kommt. Sie sagen natürlich zu Recht, Sie begrüßen, dass man sich vorbereitet, dass man Konzepte schafft. Das ist schon klar. Aber meinen Sie denn nicht auch, dass man den Familien und den Kindern, aber auch uns allen aus der Bevölkerung mit so einer imaginären zweiten

Welle, die Sie wissenschaftlich und mit Experimenten in keiner Weise begründen können, Angst macht?

(Zuruf)

– Sie sind nicht am Zug. Die Frau Enders – –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Enders, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Legen Sie mir nicht die Worte in den Mund. Ich habe nicht vor der zweiten Welle gewarnt, sondern wir halten eine zweite Welle für möglich. Uns beide unterscheidet: Bei Ihnen ist es vielleicht der Pakt mit dem Teufel, wir informieren uns zum Beispiel beim Robert Koch-Institut. – Das ist ein kleiner Unterschied. Das sollten Sie vielleicht auch ab und zu mal machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Frau Kollegin Enders. – Für die FDP-Fraktion hat Frau Julika Sandt das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! "By failing to prepare, you are preparing to fail", sagte Benjamin Franklin, und das gilt auch für Corona. Deshalb stimmen wir dem Antrag der SPD zu.

Es tut mir leid, in dieser Suppe, die Sie, liebe CSU, uns hier auftischen, finde ich kein Fleisch. Was ist denn das für ein Selbstverständnis, als Regierungsfaktionen lediglich zu sagen, die Aktivität der Staatsregierung wird begrüßt und sie soll mal berichten. Da fehlt jeglicher Gestaltungsanspruch.

Die AfD leugnet die Möglichkeit einer zweiten Welle – Von uns bekommen Sie hierzu nur ein klares Nein.

An die Regierung kann ich nur appellieren, dass die Pläne ab jetzt in den Schubladen liegen müssen. Ich bin froh zu hören, dass Sie anscheinend daran arbeiten, weil die

Ausrede, es sei eine neue Situation, dann nicht mehr gilt. Machen Sie nicht wieder die gleichen gravierenden Fehler, die Sie gemacht haben.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben am Anfang die Maßnahmen einfach mitgetragen, weil man zunächst nicht wusste, was auf uns zukommt, und weil es eine neue Situation war. Aber ein dauerhaftes, langfristiges, monatelanges komplettes Betreuungsverbot ohne Perspektiven, das völlig unklar und ohne wissenschaftliche Grundlage ist, ist nicht zumutbar.

Arbeiten Sie jetzt an dem Konzept. Wir brauchen Notfallkapazitäten, um alle Kinder in möglichst kleinen Gruppen zu betreuen. Das bedeutet, dass ein Personalkonzept entwickelt werden muss und dass man das schon gleich entsprechend zu qualifizieren hat. Räumliche Kapazitäten müssen in Abstimmung mit den Kommunen flexibel angepasst werden, und Hygienepläne müssen weiterentwickelt werden. Wir brauchen ein Konzept mit bedarfsorientierten Schließungen bei Infektionsherden, dann aber auch mit klaren Werten und mit einer Wiedereröffnungsstrategie.

Gestern habe ich von einem Regierungsmitglied gehört, was die Schulen anging, man müsse den Unterricht von voll analog auf voll digital umstellen. – Ich finde das voll daneben, weil wir Ihnen bereits im Jahr 2012 oder sogar schon früher ein umfassendes Konzept für digitalen Unterricht, natürlich verknüpft mit analogem Unterricht, vorgelegt haben. Das haben Sie nicht umgesetzt. Die CSU hielt es in ihrer Selbstgefälligkeit nicht für nötig, wirklich digitalen Unterricht flächendeckend an Schulen zu ermöglichen. Die Quittung dafür haben Sie jetzt bekommen.

In den letzten Monaten haben Sie die Zukunftschancen der Kinder geschmälert, Sie haben die Existenzen der Eltern bedroht. Das darf es nicht ein zweites Mal geben. Bereiten Sie ich darauf vor, wir unterstützen Sie dabei gerne.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sandt. – Für die Staatsregierung ergreift Frau Staatsministerin Carolina Trautner das Wort.

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eins gleich zu Beginn klarstellen: Wir arbeiten auch in diesem Ministerium. Wir bereiten uns selbstverständlich auch auf eine Situation im Herbst vor, und zwar mit Hochdruck, und natürlich berichten wir auch gerne.

Ich sage es auch hier ganz ausdrücklich, weil die Sitzung des nächsten Sozialausschusses noch in weiter Ferne liegt. Wir berichten natürlich den Mitgliedern des Ausschusses vorab. Das sind wir ihnen schuldig, das gebietet die Transparenz, und das kann ich Ihnen heute auch schon zusichern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es ist lieb, dass die SPD uns mit der Aufforderung, dass wir ein Konzept erarbeiten sollen, unterstützen möchte. Das brauchen wir nicht, weil wir schon etwas tun. Geradezu fahrlässig ist der Dringlichkeitsantrag der AfD, der die Corona-Pandemie in unverantwortlicher Weise relativiert und verharmlost. Er ist aus diesen Gründen ebenfalls abzulehnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie alle wissen, wollen wir mit Beginn des neuen Kindergartenjahrs ab 1. September in den Regelbetrieb zurückkehren. Wenn die Infektionszahlen weiterhin so stabil bleiben, dann werden wir dieses Ziel auch erreichen. Ich meine, dass wir gerade dieses positive Signal den Eltern, den Kindern und den Beschäftigten jetzt auch vermitteln sollen. Natürlich bleiben wir dabei umsichtig und vorsichtig und bereiten uns auch auf einen möglichen Anstieg des Infektionsgeschehens vor, wie immer er denn ausfallen könnte. Dabei werden wir selbstverständlich auf die Erfahrungen der letzten Monate zurückgreifen und aufbauen. Gerade auch die Erfahrungen aus der Zeit seit dem 1. Juli, in der wir uns wieder in einem ganz anderen

Betrieb, nämlich im eingeschränkten Regelbetrieb, befinden, werden einfließen, und das ist wichtig und gut so.

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, davon ausgehen, dass es ein allgemein gültiges Konzept für jede der 9.800 Kindertageseinrichtungen in Bayern geben kann, dann unterschätzen Sie die außerordentliche Komplexität der erforderlichen Abwägungsprozesse. Sie fordern ja selbst, die regionalen Infektionsentwicklungen einzubeziehen. Damit verbietet sich jedoch ein Konzept für alle Kitas. "One size fits all" ist da kein Rezept.

Für ein verhältnismäßiges Vorgehen je nach Ausmaß des jeweiligen Infektionsgeschehens vor Ort werden wir vorrangig Lösungen möglichst auf lokaler Ebene anbieten. Hierzu entwickeln wir im Moment Leitlinien für verschiedene Szenarien. Auf deren Basis können wir dann auch die entsprechenden individuellen Schutz- und Hygienekonzepte vorbereiten.

Wir haben dazu bereits Gespräche mit den Trägerverbänden und mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt; denn die Träger sind es, die unser Konzept umsetzen müssen. Natürlich führen wir zurzeit – und das ist mir ganz besonders wichtig – Gespräche mit Medizinern und mit dem pädagogischen Personal. Auch da müssen wir uns intensiv austauschen und auf die Ratschläge dieser Experten natürlich hören.

Wir haben auch alle weiteren Faktoren im Blick: die Ängste und Sorgen des pädagogischen Personals, das Recht jedes Kindes auf Bildung, die Auswirkungen der Schließung von Einrichtungen auf Familien und gleichzeitig auch die wirtschaftlichen Belange. Der Gesundheitsschutz ist und bleibt vorrangig zu berücksichtigen. Er gibt den Rahmen für die Möglichkeiten der Kindertagesbetreuung vor; denn niemand kann vorhersehen, was noch auf uns zukommt. Ehrlich gesagt, auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Gefährdungslage, die angesprochen wurden, können wir uns noch nicht verlassen. Die sind nach wie vor sehr dürftig. Wir haben noch keine belastbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse. Das geht in der Kürze der Zeit auch nicht. Umso be-

deutsamer ist es, dass wir weitermachen, dass wir Untersuchungen wie "COVID Kids Bavaria" unterstützen, die valide Erkenntnisse versprechen. Ich denke, vielleicht werden wir nicht erst im März Erkenntnisse haben, sondern vielleicht bekommen wir schon im Herbst Zwischenergebnisse, die uns dann auch weiterbringen. Mir persönlich ist es lieber, hier ganz ehrlich zu sein und nichts zu versprechen, was wir am Ende möglicherweise nicht halten können. Eines aber kann ich versprechen, nämlich dass wir alles unternehmen werden, um die Einschränkungen so gering wie möglich zu halten.

An dieser Stelle muss ich sagen: Ich bin schon etwas verwundert, wenn die SPD den Eindruck erwecken möchte, wir würden Kinder in besonders belastenden Familiensituationen und Kinder mit Behinderung in unserem Konzept nicht angemessen berücksichtigen. Das war mir persönlich auch immer sehr wichtig. Wir haben von Beginn an die Jugendämter mit ins Boot genommen und gesagt, eine Notbetreuung zur Sicherstellung des Kindeswohls ist immer möglich. Kinder, deren Eltern Anspruch auf Hilfen zur Erziehung haben, konnten ebenso in die Kita gebracht werden wie Kinder mit Behinderungen. Seit 11. Mai ging das ganz regulär, und wir haben sie auch vorgezogen.

Die Forderung der SPD, die Personalkapazitäten zeitnah zu verbessern, geht an der Realität vorbei. Eine zeitnahe Verbesserung der Personalkapazitäten ohne Einbußen in der hohen Qualität an den bayerischen Kitas ist schlichtweg unrealistisch. Der flächendeckende Fachkräftemangel erschwert die Arbeit in den Kitas zusätzlich, das ist mir sehr wohl bewusst. Die Empfehlung, feste Gruppen zu bilden, bedeutet aber nicht automatisch einen höheren Personalbedarf, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Die Gruppen können so groß sein wie eh und je. Jetzt kommt es vielmehr darauf an, mit den festen Gruppen potenzielle Infektionsketten nachvollziehbar zu machen. Bei einer auftretenden Infektion müssen wir dann nicht die ganze Einrichtung schließen, sondern eventuell nur eine Gruppe. Das hilft auch den Familien immens.

Selbstverständlich müssen wir dem Fachkräftemangel entschieden entgegenreten. Da sind wir bei der Gewinnung von pädagogischem Personal auch schon weiterge-

kommen und haben Steigerungen erreicht. Die Lage ist zugegebenermaßen immer noch schwierig, weil wir immer mehr Personal brauchen. Wir haben aber bereits im letzten Jahr das "Bündnis für frühkindliche Bildung in Bayern" initiiert, und wir kümmern uns mit unseren Partnern um die Fachkräftegewinnung. Wir bleiben am Ball, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wie eingangs bereits gesagt, geht der Dringlichkeitsantrag der AfD völlig an der Realität vorbei. Das Coronavirus ist nicht aus der Welt. Das können wir nicht ignorieren. Der Dringlichkeitsantrag der SPD ist aus den genannten Gründen abzulehnen. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Es liegen drei Zwischenbemerkungen vor, von Frau Sandt, Herrn Becher und Frau Rauscher. Als Erste hat sich Frau Kollegin Julika Sandt für die FDP-Fraktion gemeldet.

Julika Sandt (FDP): Frau Staatsministerin, Sie haben die Studie erwähnt, und Sie haben das letzte Mal gesagt, Herr Söder hat Sie in allem unterstützt, was Sie so machen. Wie erklären Sie dann, dass Sie sich im April geweigert haben, auf unsere Anträge hin die Antikörperstudie, die die Staatsregierung in Auftrag gegeben hatte, auf Personen unter 14 Jahren auszuweiten? – Kinder wurden systematisch nicht getestet, und trotz des Antrags, trotz des Angebots aus Baden-Württemberg, haben Sie sich der baden-württembergischen Studie nicht angeschlossen. Jetzt, wo dort erste Zwischenergebnisse vorliegen, wollen Sie hier mit einem großen Tamtam mit einer Studie an den Start gehen. Wie kommen sich die Familien da vor, die ohne wissenschaftliche Grundlage monatelang unter der Situation gelitten haben? Die Kinder waren isoliert, sie haben Bildungsbenachteiligung erlebt. Die Mütter, die Eltern generell, hatten Existenzängste und gravierende Probleme. Wie kommen die sich da vor? – Ich möchte das jetzt nicht sagen, denn wenn ich sage, wie sich die Familien vermutlich vorkom-

men, dann erhalte ich wahrscheinlich eine Rüge. Was sagen Sie diesen Familien, die das erlebt haben? Warum so spät?

(Beifall bei der FDP)

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Liebe Frau Kollegin Sandt, ich weiß um die Probleme der Familien, glauben Sie mir das. Wir haben uns ganz intensiv damit beschäftigt und auseinandergesetzt. Ich war ganz eng in Kontakt mit Baden-Württemberg. Wir waren an dieser Studie am Rande auch beteiligt. Wir haben gesagt, wir setzen jetzt mit einer eigenen Studie darauf auf, um Erkenntnisse zu gewinnen, die jetzt in einem Regelbetrieb, der eingeschränkt ist, ganz andere Ergebnisse liefern kann, da wieder mehr Kinder in den Kitas sind. Die Studie in Baden-Württemberg ist auch wichtig, sie hat aber zu einem Zeitpunkt Erkenntnisse gewonnen, zu dem nur wenige Kinder in der Kita waren. Deshalb ist es angemessen, eine zweite Studie durchzuführen, die Erkenntnisse aus einem eingeschränkten Regelbetrieb bringt. Da ist keine Zeit verloren. Alle Bundesländer tauschen sich über die Studienergebnisse aus und sind miteinander vernetzt. Wir tauschen uns da intensiv aus. Wir haben auch gemeinschaftlich ein Kita-Register auf den Weg gebracht, das Bundesministerin Giffey mit vorgeschlagen hat. Alle Studien in ganz Deutschland sind miteinander vernetzt. Die Ergebnisse werden ausgetauscht, sodass wir alle von den Erkenntnissen profitieren können.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Johannes Becher vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, zunächst einmal herzlichen Dank, dass Sie uns den Bericht und die aktuellen Informationen schon vorab zugesagt haben. Sie sind damit weiter als der nachgezogene Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN, die den Bericht erst im September wollen. Das finde ich gut.

Ich möchte noch zwei konkrete Punkte ansprechen. Sie haben das Thema feste Gruppen genannt. Wenn ich draußen auf den Spielplatz schaue und dann lese, dass die Staatsregierung im Kulturbereich für 200 Personen innen und für 400 Personen außen Lockerungen will, dann stelle ich fest, Lockerungen und Erweiterungen gibt es überall, aber die offenen Konzepte können mit festen Gruppen schwer oder gar nicht umgesetzt werden. Was muss passieren, damit die festen Gruppen nicht mehr erforderlich sind?

Die zweite Frage: Können Sie ausschließen, dass es erneut zu flächendeckenden Kita-Schließungen kommt? Können Sie das aufgrund der Studienlage ausschließen, die für Sie zwar noch nicht ausreichend ist, die aber doch relativ eindeutig ist?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Lieber Herr Kollege Becher, wenn ich das richtig gelesen habe, dann haben die CSU und die FREIEN WÄHLER in ihren Antrag nicht September hineingeschrieben, sondern sie haben geschrieben, wir sollen im Sozialausschuss berichten. Das tue ich dann auch. Damit ist dieses Argument ausgeräumt.

Wie ist es mit den festen Gruppen und den offenen Konzepten? – Auch das ist gerade Thema unserer Gespräche mit den Experten. Ich will das pädagogische Personal hören, ich will auch die Mediziner mit im Boot haben. Das sind Dinge, die wir uns überlegen, wenn wir sagen: Wir wollen im September wieder zum Regelbetrieb zurückkehren. Keiner kann ausschließen, dass es eine flächendeckende Schließung gibt, weil keiner von uns weiß, wie ein Infektionsgeschehen stattfindet. Ich möchte aber besonders darauf hinweisen, dass es unser großes Ziel ist, aus den Erkenntnissen, die wir jetzt gewonnen haben, möglichst nur regional nachsteuern zu müssen. Wenn wir uns aber alle nach wie vor so vernünftig verhalten, wie wir das jetzt tun, und wenn das auch im Urlaub beachtet wird, dann glaube ich, dass das Infektionsgeschehen nicht weiter ansteigen muss. Dann können wir nur regional, wenn ein Fall auftritt, kurzzeitig

eine Quarantäne anordnen. Dann müssen wir auf gar keinen Fall flächendeckend in Bayern alle Kitas schließen. Das ist bestimmt nicht unser Ziel. Unser Ziel ist vielmehr zu schauen, dass wir im Falle eines Infektionsgeschehens nur ganz begrenzt für kurze Zeit eine Quarantäne anordnen müssen. Das wäre unser großer Wunsch. Ich glaube, der eint uns. Daran müssen wir alle arbeiten, damit wir auch in den nächsten Wochen weiterhin umsichtig und vernünftig sind.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Doris Rauscher von der SPD.

Doris Rauscher (SPD): Frau Ministerin, auch von meiner Seite vielen Dank für den jetzigen Beitrag.

Sie haben gesagt, es gehe um den Gesundheitsschutz. Dazu möchte ich anmerken: Gesundheitsschutz ist mehr als ein Freisein von Viren oder die rein physische Gesundheit. Ich halte es für extrem wichtig, weitere Aspekte in Relation zueinander zu setzen. Gesundheitsschutz ist zum Beispiel auch die Sicherstellung des Kindeswohls oder auch der Schutz vor Gewalt in Familien oder auch die Sicherstellung der Möglichkeit, erwerbstätig zu sein. Natürlich fließen medizinische Aspekte ein, und auch das Freisein von Viren hat eine besondere Bedeutung. Aber ich finde, es ist wichtig, sämtliche Aspekte in die Gesamtabwägung einzubeziehen. – Das wollte ich noch sagen.

Auch möchte ich fragen: Bis wann wird der Bericht fertig sein? Ist absehbar, bis wann der Landtag oder der Ausschuss diesen Bericht bekommen könnte?

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Liebe Frau Kollegin Rauscher, ein konkretes Datum kann ich Ihnen jetzt nicht nennen. Aber ich kann Ihnen versichern, dass wir gerade mit Hochdruck daran arbeiten. Es ist auch in unserem Interesse, dass wir den Kitas möglichst zeitnah vor der Sommerpause eine Antwort geben können. Deswegen bin ich zuversichtlich, dass wirklich vor der Sommerpause alles fertig ist und dass wir das dann auch kommunizieren können.

Zu Ihrem zweiten Thema, der Gesundheit. Das eint uns. Da sind wir wirklich auf einer Linie. Wir wollen, glaube ich, alle, dass alle Aspekte beachtet werden. Deswegen habe ich auch in meiner Rede formuliert, dass wir neben der Virenerkrankung die anderen Aspekte im Hinblick auf Kinder, die in ihren Familien belastende Situationen erleben, für genauso wichtig halten und genauso ernst nehmen. Das entspricht ja auch der Abwägung, die wir in dieser Zeit der Notbetreuung getroffen haben. Wir haben gesagt: Wenn ein Kind familiär gefährdet und einer derart großen Belastungssituation ausgesetzt ist, dann ist es wichtiger, es kann in die Kita kommen, obwohl das Risiko besteht, dass es sich einer Infektion aussetzt.

Es ist immer schwierig, eine solche Abwägung zu treffen. Aber wir haben sie in unserem Konzept, mit dem wir wieder geöffnet haben, getroffen. Wir müssen immer im Hinterkopf behalten, dass es tatsächlich Situationen gibt, in denen die psychische Belastung eine genauso große Rolle spielt wie eine Erkrankung durch ein Virus. Auch das wollen wir weiterhin abwägen. Glauben Sie mir: Das haben wir weiterhin im Blick.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/8964 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die FDP. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/9007 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die übrigen Fraktionen sowie der Abgeordnete Plenk (frakti-

onslos). Stimmenthaltungen? – Enthaltung des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos).
Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion sowie der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/9008 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen! – AfD-Fraktion sowie beide fraktionslose Abgeordnete. Stimmenthaltungen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/8965 und 18/8966 werden in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich bedanke mich für die bislang konzentrierten Beratungen. Wir machen nun Mittagspause und treffen uns um 14 Uhr wieder hier. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 13:34 bis 14:02 Uhr)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Sitzung nach der Mittagspause wieder auf.